

**WB-FM-01** Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017  
Tagesordnungspunkt: WB.WB-FM Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

- 1 Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung  
2 auf eine  
3 globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft  
4 der  
5 Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft.
- 6 In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung  
7 des  
8 Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die  
9 vielen  
10 demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis  
11 Tunesien. Wir  
12 werden alle Länder, die dies wollen, darin bestärken, sich von innen heraus zu  
13 reformieren,  
14 den Kampf gegen die Korruption aufzunehmen – sich nachhaltig zu entwickeln und in  
15 Freiheit  
16 zu leben.
- 17 Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und Europa  
18 mehr  
19 Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung  
20 übernehmen  
21 müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft und  
22 Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen  
23 Weg  
24 wollen wir Grünen entschlossen weitergehen. Wir stehen für die Stärkung des  
25 internationalen  
26 Rechts und einer multilateralen Politik, für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und  
27 Entwicklungspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union  
28 verankert  
29 ist, eingebettet in die NATO und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der  
30 OSZE und  
31 des Europarats agiert. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn  
32 wir  
33 international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten.
- 34 Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen  
35 unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Wahrung von Frauen- und  
36 Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das schließt  
37 auch den  
38 Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von  
39 Geldwäsche und internationaler Korruption.
- 40 **Menschenrechte, Krisenprävention und Entwicklung in den Mittelpunkt**

26 In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander  
zu  
27 trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame  
Herausforderung der  
28 Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nicht vor der eigenen Haustür Halt  
machen.  
29 Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter  
stehen  
30 allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in  
vielen  
31 Ländern ihre Macht ausbauen. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten  
zunehmend unter  
32 Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, in Indien oder  
Vietnam  
33 ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile  
34 bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen  
Bewegungen  
35 wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die  
36 politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.  
37 Entwicklungspolitik darf nicht für Abschottungsmaßnahmen oder militärische Zwecke  
38 missbraucht werden, sondern muss klar partnerschaftlich vereinbarten Zielen wie der  
39 Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer  
Ungleichheit,  
40 Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Gleichberechtigung der  
Geschlechter  
41 und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Das  
inzwischen fast  
42 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für  
die  
43 weltweite Entwicklung bereitzustellen, müssen wir endlich einlösen, genauso wie eine  
44 verlässliche humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und  
45 personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige  
Kultur- und  
46 Bildungspolitik übernimmt beim Dialog zwischen und mit verschlossenen  
Gesellschaften eine  
47 wichtige Rolle. Wir wollen sie deshalb stärken.

48 Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU  
auch eine  
49 Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren. Wir Grünen setzen uns  
50 weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als  
demokratischen  
51 Staat sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen  
Staates  
52 Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Wir bekennen uns  
zu der  
53 besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem  
Existenzrecht  
54 und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik.

Zugleich

55 setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in  
56 Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer  
57 Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Wir lehnen jegliche Strategien auf  
beiden  
58 Seiten ab, die Völkerrecht brechen oder auf Gewalt und Konfrontation setzen sowie auf  
die  
59 fortgesetzte Schaffung von Fakten, die der Erreichung einer stabilen Zwei-Staaten-  
Regelung  
60 entgegenstehen.

### 61 **Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung voranbringen**

62 Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten  
verschärft  
63 diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte  
an  
64 Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch  
den  
65 sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner  
Unternehmen  
66 übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung.  
Damit  
67 muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz  
gesetzlich  
68 verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare  
69 Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und  
70 Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und  
Länder, in  
71 denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten  
werden. Auf  
72 europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und  
73 Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie  
müssen  
74 streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament  
75 kontrolliert sein.

76 Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem  
77 Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und  
78 europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine  
Welt  
79 ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu  
80 ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016  
gegen  
81 einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir Grünen  
fordern den  
82 Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns auch für eine internationale  
83 Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die  
84 Anschaffung bewaffneter unbemannter Fluggeräte, also sogenannter bewaffneter

85 Drohnen, für  
85 die Bundeswehr.

## 86 **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren**

87 Wir Grünen setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die  
88 Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür.  
88 Die VN

89 sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns  
89 dafür

90 ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie  
90 regionaler

91 Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.

92 Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch  
92 erreicht

93 werden kann. Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Deswegen sind  
93 zivile

94 Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner  
94 internationaler

95 Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen  
96 Außenpolitik.

97 Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von  
97 Gewalt, zur

98 Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen und zur kollektiven  
98 Friedenssicherung der

99 Einsatz von Militär geboten sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN  
99 besagt,

100 dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale  
101 Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren

102 Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention,  
102 die

103 Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer  
103 die

104 Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Militärische Gewalt  
104 darf

105 nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie darf nur dann eingesetzt  
105 werden,

106 wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und das Völkerrecht  
106 den Rahmen

107 vorgibt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des

108 betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt

109 voraus.

110 Die Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen muss durchbrochen  
110 und das

111 Gremium wieder handlungsfähig werden. Wird der VN-Sicherheitsrat nicht aktiv, sollte  
111 die

112 Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den

113 Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedens erzwingende  
113 Maßnahmen

114 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so

115 reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten  
verbessert. Ein  
116 gemeinsamer europäischer Sitz wäre hier ein wichtiger Schritt.  
117 Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und  
materiell  
118 stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine  
wichtige  
119 Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder  
Kampfeinsatz  
120 erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver  
Sicherheit  
121 stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung  
und  
122 darf nicht relativiert werden.

123 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

124

---

125 **Versprechen halten: 0,7 Prozent des BIP für die ärmsten Länder**

126 Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand  
gehen. Wir  
127 wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen. Dazu gehört  
auch, dass  
128 sich diese Länder besser an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Wir werden  
das Ziel,  
129 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit  
bereitzustellen,  
130 endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die  
131 Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen  
132 bekämpft.

133

---

134 **Für ein Rüstungsexportgesetz – keine Waffen in Krisenregionen**

135 Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch  
problematischen  
136 Menschenrechtsslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz  
stoppen und  
137 die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei  
Rüstungsexportgenehmigungen  
138 wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll  
künftig die  
139 gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In besonders heiklen Fällen  
soll der  
140 Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen  
141 Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte  
142 Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene  
kämpfen wir  
143 darum, eine europaweite Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

144

---

145 **Für starke Vereinte Nationen - internationaler Schutzverantwortung gerecht werden**

146 Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist.

147 Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden

148 Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen  
149 Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Dazu gehört die Prävention und zivile  
150 Konfliktlösung. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der

151 rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen

152 können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen

153 nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu

154 schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch

155 wirklich wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir Reformen in den Strukturen der Vereinten

156 Nationen anstoßen und wir wollen sie besser ausstatten, personell und materiell.

157

---